

Länderprofil Sudan

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Platz 7 / 85 Punkte (WVI 2019: Platz 6 / 87 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. November 2018 – 31. Oktober 2019

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	2
1. Position auf dem Weltverfolgungsindex	3
2. Triebkräfte der Verfolgung	3
3. Verfolger	5
4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung	7
5. Betroffene Christen	7
6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt	8
7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer	13
8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen	15
9. Der Ausblick für Christen	15
10. Gebetsanliegen	16

Zusammenfassung

Wie der vorangegangene Berichtszeitraum war der Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2020 für Christen im Sudan in vielerlei Hinsicht schwierig: Den Gemeinden werden Kirchengebäude entzogen, die sie seit Jahren für den Gottesdienst benutzen; die Regierung hat viele christliche Leiter verhaftet oder eingeschüchtert, und das derzeitige politische Chaos im Land hat die Christen in Bedrängnis gebracht. Obwohl die Armee und prodemokratische Aktivisten eine Reihe von Vereinbarungen unterzeichnet haben, bleiben Unklarheiten.

Auch die ethnisch-kulturelle Zusammensetzung des Landes ist kompliziert: Araber stehen ethnischen Afrikanern und Muslime stehen Christen gegenüber. Die Abspaltung des Südsudans im Jahr 2011 hat diese Probleme nicht gelöst. Dies gilt insbesondere für ethnische Afrikaner, da eine beträchtliche Zahl von ihnen Christen sind und immer noch im Land leben. Christen aller Denominationen im Sudan haben Angst davor, Gespräche über ihren Glauben mit sudanesischen Muslimen zu führen, da dies als ein „Akt zur Förderung des Glaubensabfalls vom Islam“ ausgelegt werden könnte. Das Ausmaß der Verfolgung, mit der Christen muslimischer Herkunft und ethnische Afrikaner konfrontiert werden, ist enorm. Es gab Verhaftungen; viele Kirchen wurden abgerissen und andere stehen auf einer amtlichen Liste von Gebäuden, deren Abriss noch bevorsteht; viele Christen wurden wahllos in Gebieten wie den Nuba-Bergen angegriffen, wo es einen anhaltenden Konflikt zwischen Regierungstruppen und Rebellengruppen gibt.

Um nicht entdeckt zu werden, verzichten Christen muslimischer Herkunft oft darauf, ihre Kinder als Christen zu erziehen, weil dies die Aufmerksamkeit der Regierung und der Dorfvorsteher auf sich ziehen könnte (da Kinder versehentlich den Glauben ihrer Eltern preisgeben könnten). Diese Angst erstreckt sich sogar auf Beerdigungen, bei denen verstorbene Christen muslimischer Herkunft oft nach islamischen Riten auf muslimischen Friedhöfen bestattet werden, obwohl christliche und muslimische Friedhöfe getrennt sind.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Die Regierung hat Kirchen abgerissen und geschlossen.
- Christen muslimischer Herkunft sind besonders gefährdet, da das Gesetz den Wechsel vom Islam zu einer anderen Religion offiziell mit dem Tod bestraft. Sie verzichten in der Regel auf den Besitz von christlicher Literatur oder den Zugriff auf christliches Fernsehen oder Websites. Wenn sie entdeckt werden, könnte dies von Familie oder Beamten als Beweis gegen sie verwendet werden.
- Christliche Kinder werden oft in der Schule oder auf Spielplätzen aufgrund des Glaubens ihrer Eltern schikaniert.
- Insbesondere in den Regionen Nuba-Berge, Darfur, Süd-Kurdufan und Blauer Nil, in denen Christen wahllos von staatlichen Sicherheitskräften ins Visier genommen werden, ist ein sehr hohes Maß an Gewalt gegen Christen zu verzeichnen.

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 85 Punkten belegt der Sudan im Weltverfolgungsindex 2020 Platz 7. In den Berichtszeiträumen zum Weltverfolgungsindex 2017, 2018 und 2019 betrug der Wert jeweils 87 Punkte.

Einer der Hauptgründe, warum die Wertung sich um zwei Punkte verbessert hat, war die Veränderung der politischen Situation in der zweiten Hälfte des Berichtszeitraums. Diese Verbesserungen gehen auf die Proteste der sudanesischen Bevölkerung gegen die Herrschaft von Al Bashir zurück. Der Sudan ist ein Land, in dem Christen sowohl als Einzelpersonen als auch kollektiv ernsthaften Einschränkungen unterworfen sind. Nach der Abspaltung des Südsudans hatte Präsident Al Bashir angekündigt, die Scharia, das islamische Recht, vollumfänglich umzusetzen. Als eines der Ergebnisse ließ die Regierung unter Al Bashir eine Reihe von Kirchen abreißen. Auch hat diese diktatorische, islamistische Regierung ihre Politik der Christenverfolgung in der Nuba-Region fortgesetzt. Der Sudan ist ein Staat, der von der US-Regierung folgerichtig als „besonders Besorgnis erregendes Land“ bezeichnet wurde.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Diese Triebkraft der Verfolgung wurzelt in der Ideologie der Muslimbrüder, die vom Gründer der (bis April 2019) regierenden Partei, Hassan al-Turabi, vertreten wurde, der Omar Al Bashir in einem unblutigen Putsch von 1989 half, die Macht zu festigen. Die sudanesischen Regierung arbeitete dann auf Kosten anderer religiöser Gruppen des Landes an der Bildung eines islamischen Staates und wird seit drei Jahrzehnten beschuldigt, islamisch-extremistische Kämpfer zu unterstützen. Die USA haben den Sudan am 12. August 1993 erstmals als staatlichen Förderer des Terrorismus bezeichnet, weil er wissentlich lokale und internationale Terroristen beherbergte und zuließ, dass das Land zu einem Transitland für Terroristen und Waffen wurde. Osama Bin Laden hielt sich beispielsweise dort auf, bevor er nach Afghanistan zog.

Historisch gesehen ist der Islam – einschließlich seiner fundamentalistischen Tendenzen (wie der mahdistischen Bewegung des 19. Jahrhunderts) – fest in der sudanesischen Gesellschaft verwurzelt. Obwohl die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung im Land sunnitische Muslime sind, hatte die Regierung des Sudans unter Al Bashir auch enge Beziehungen zum schiitischen Iran. Die Scharia ist die Grundlage des sudanesischen Rechtssystems, und die Elite des Sudans hat sich zum Ziel gesetzt, ein islamisches Regime im Land durchzusetzen. Der Glaubensabfall vom Islam wird kriminalisiert, darauf steht die Todesstrafe. Blasphemie Gesetze werden landesweit zur Verfolgung von Christen eingesetzt. Diese Triebkraft hat auch ein nationalistisches Element.

Diktatorische Paranoia

Bis April 2019 wurde der Sudan von einem autoritären Regime regiert, seit Al Bashir 1989 durch einen Putsch an die Macht kam. Der Einfluss der Regierung auf das private und öffentliche Leben war enorm. Das Land hat tief verwurzelte Schwierigkeiten: Die Darfur-Krise hält weiter an, der Konflikt mit der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung-Nord (SPLM-N) zeigt keine Anzeichen für eine dauerhafte Lösung, obwohl Waffenstillstandsabkommen geschlossen wurden. Einige argumentieren, dass die Abkommen auf den Druck der US-Regierung zurückzuführen seien und die sudanesischen Regierung ihnen in der Hoffnung nachkam, dass die Sanktionen aufgehoben würden. Wann immer die Regierung des ehemaligen Präsidenten Al Bashir vor sozioökonomischen und politischen Problemen stand, versuchte sie die Unterstützung der gesamten Bevölkerung durch Hetzreden gegen den Westen wiederzubeleben. Dies wiederum hatte negative Auswirkungen auf die sudanesischen Christen, da die Regierung die Christen als Agenten der westlichen Länder betrachtet.

Es scheint eine symbiotische Beziehung zwischen „Islamischer Unterdrückung“ und „Diktatorischer Paranoia“ zu bestehen, da die Führer des Regimes unter Al Bashir hauptsächlich Personen waren, die sich einer extremistischen islamistischen Ideologie verschrieben hatten; in der Tat diente die „Nationale Kongresspartei“ (NCP) als Mittel zur Stärkung der islamistischen Politik. Dies bedeutet, dass die Rolle der Regierung bei der Verfolgung von Christen nicht nur von totalitären Tendenzen, sondern auch von Sympathien für den Islamismus geprägt war. In den letzten drei Jahrzehnten wurde die Bereitschaft des Ex-Präsidenten immer deutlicher, in opportunistischer Weise Überzeugungen und Versprechungen preiszugeben, um an der Macht zu bleiben. Fast alle seine Entscheidungen – ob es sich nun um die Unterstützung bewaffneter Milizen oder um die Niederschlagung aller Formen von Widerspruch handelte – waren vor allem, wenn nicht gar allein, vom Wunsch motiviert, um jeden Preis an der Macht zu bleiben. Dies gelang ihm, obwohl der Internationale Strafgerichtshof ihn wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord wegen der Ereignisse im Sudan unter seiner Führung anklagte und im März 2009 einen Haftbefehl gegen ihn erließ.

Das Land wurde im jährlich von der internationalen Nichtregierungsorganisation „Freedom House“ veröffentlichten Bericht über den Grad an Freiheit, „Freedom in the World“, von 2019 als „nicht frei“ eingestuft (mit 7 von 100 Punkten). Diese Situation wird sich wahrscheinlich ändern, nachdem Al Bashir von der Macht verdrängt wurde. Für eine Analyse ist es jedoch zum jetzigen Zeitpunkt noch zu früh.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Die sudanesischen Regierung unter Ex-Präsident Al Bashir setzte alle verfügbaren Mittel ein, um an der Macht zu bleiben, einschließlich der Mobilisierung von Stammesmilizen. Es gibt Vorwürfe wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen gegen die nichtarabischen Bürger, und Christen gehören zu den Minderheiten, die Opfer dieser Art von organisierter Kriminalität sind.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Die sudanesische Bevölkerung besteht aus etwa 19 verschiedenen ethnischen Gruppen und fast 600 Untergruppen. Die meisten Bewohner der südlichen Teile des Landes sind ihrer Ethnie nach afrikanischer Herkunft, die Araber leben überwiegend in den nördlichen Teilen des Landes. Die Sudanesen sind tief religiös, die meisten Menschen bekennen sich zu einem religiösen Glauben, vor allem zum Islam oder Christentum, doch gibt es auch immer noch traditionelle Stammesreligionen. Seit vielen Jahren versuchen die Araber aus dem Norden, nicht nur den Islam, sondern auch eine spezifische kulturelle und ethnische Identität im Zusammenhang mit dem Arabismus zu verbreiten. Dies führte zu einem jahrzehntelangen Bürgerkrieg und war letztlich für die Unabhängigkeit des Südsudans verantwortlich. Aber auch heute noch geschieht dies im ganzen Land.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Imame in Moscheen und Medressen predigen christenfeindliche Ansichten, insbesondere extremistische islamische Geistliche, die den Sudan zu einem islamischen Staat machen wollen. Es gibt auch einen schiitischen Einfluss durch den Iran.
- **Normale Bürger:** Anhänger des Wahhabismus und Verfechter der Scharia (als Grundlage für die Regelung aller Lebensbereiche im Sudan) schränken das Leben der Christen ein. Der Islam ist tief in der sudanesischen Gesellschaft verankert und jeder wird ermutigt, die Regierungspolitik von einer Religion, einer Kultur und einer Sprache mitzutragen. Dies führt schnell zur Verfolgung von Christen.
- **Regierungsbeamte:** Die staatlichen Sicherheitskräfte verhaften und belästigen Christen immer wieder, schüchtern sie ein und zerstören Kirchen. Milizen werden auch von der Regierung organisiert, um Christen und andere Nichtmuslime anzugreifen. Ehemalige Muslime werden von der Familie schwer verfolgt und können zum Tode verurteilt werden, wenn sie der Regierung gemeldet werden (da der Glaubensabfall mit der Todesstrafe geahndet wird).
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Die von der Regierung organisierten Milizen sind für die Ermordung von Christen und für die Zerstörung von Eigentum von Christen im ganzen Land verantwortlich.
- **Großfamilie:** Sowohl auf individueller als auch auf familiärer Ebene beteiligen sich die Bürger an der Verfolgung von Christen im Land. Das sagt ein Länderexperte: „Familienmitglieder befürchten, dass der Glaubenswechsel eines Familienmitglieds zum christlichen Glauben dazu führen könnte, dass die ganze Familie ohne eigenes Verschulden von der Teilnahme an Gemeinschaftsaktivitäten ausgeschlossen wird. So tun sie alles Nötige, um Druck auf die Christen auszuüben, damit sie ihren neuen Glauben aufgeben.“

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Von der Regierung unterstützte Gruppen (und alle Anhänger einer islamistischen Ideologie) weigern sich, einen Glaubenswechsel zuzulassen und stehen Christen keinen Platz im Land zu. Was in dieser Hinsicht noch beunruhigender ist, ist die mutmaßliche Verbindung zwischen der Regierung und gewalttätigen islamischen Gruppen. Regierungsbeamte zwingen die Christen auch dazu, sonntags zur Schule zu gehen. Vor zehn Jahren wurde vom Internationalen Strafgerichtshof ein Haftbefehl gegen Al Bashir wegen verschiedener Verbrechen erlassen, darunter viele gegen die christliche Minderheit. Während Al Bashir in seiner Position als Staatsoberhaupt angeklagt wurde, waren auch zahlreiche Beamte auf verschiedenen Regierungsebenen daran beteiligt.
- **Politische Parteien:** Die seit langem regierende National Congress Party (die 1996 gegründet wurde und von Omar Al Bashir bis zu seiner Absetzung im April 2019 angeführt wurde) ist islamistisch und hat sich auch für die Verfolgung von Christen eingesetzt (und daran beteiligt).

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Obwohl offiziell illegal, werden viele Gruppen, die Verbrechen gegen Christen begehen, vom Staat unterstützt.
- **Regierungsbeamte:** Der Sudan ist eines der korruptesten Länder Afrikas. Politiker und Korruptionsnetzwerke haben sich gegen Christen verschworen und die Rechtsstaatlichkeit untergraben. Sie arbeiten Hand in Hand, damit Christen ihre Kirchen und anderes Eigentum vor den Gerichten verlieren.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Ethnische Führer arbeiten auch gegen Christen innerhalb der bestehenden Netzwerke von Vetternwirtschaft und Korruption.

Ausgehend von ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Einige ethnische Anführer haben Unterstützung von der Regierung erhalten, insbesondere dort, wo ihre ethnischen Gruppen Ethnizität und Islam als ein und dasselbe betrachten. Wenn sie also sehen, dass eines ihrer Mitglieder sich zu Jesus Christus bekehrt, werden sie ihn/sie verfolgen. Diese von der Regierung unterstützten Gruppen mit arabischstämmigem Hintergrund versuchen auch, Druck auf Nichtaraber, insbesondere auf afrikanisch stämmige Christen, auszuüben. Die meisten Bewohner der südlichen Landesteile sind ihrer Ethnie nach afrikanischer Herkunft und christlich (oder Anhänger traditioneller Stammesreligionen); Araber leben überwiegend im Norden. Seit vielen Jahren versuchen die Araber aus dem Norden, nicht nur den Islam als Religion, sondern auch die mit dem Arabismus verbundene kulturelle und ethnische Identität zu verbreiten. Dies spielte eine wichtige Rolle in dem jahrzehntelangen Bürgerkrieg, in dem Millionen Menschen getötet und Millionen weitere verletzt und aus ihren Häusern vertrieben wurden.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die Verfolgung ist außerhalb der Hauptstadt noch schlimmer.

Über die einfachen Schikanen und Bedrohungen hinaus, denen Christen in ihrem täglichen Leben ausgesetzt sind, ist es sehr wichtig, zwischen dem, was in den Nuba-Bergen und der Region Blauer Nil vor sich geht, und dem, was in anderen Teilen des Landes geschieht, zu unterscheiden. Seit Juni 2011 führt die sudanesisische Regierung Bodenoffensiven und Luftangriffe gegen angebliche „Rebellen“ durch. Die meisten Experten der Region wissen jedoch, dass die Absicht der sudanesischen Regierung und der Milizen, die diese Angriffe durchführen, ein Ziel verfolgt, nämlich die ethnische Säuberung von Minderheiten und vor allem von Christen. Samuel Totten, ein US-Forscher zu Fragen des Völkermords, nennt dies „Völkermord durch Zermürbung“. Über einen Zeitraum von acht Jahren wurden Tausende von Christen bei Angriffen durch von der Regierung unterstützte Gruppen getötet und viele Tausende aus ihren Dörfern vertrieben, und zwar aus dem einzigen Grund, dass sie eine andere Religion haben als diejenigen, die das Land regieren.

5. Betroffene Christen

Im Sudan sind alle christlichen Gemeinschaften von Verfolgung betroffen. Die Verfolgung von Christen, die ethnische Afrikaner oder ehemalige Muslime sind, ist jedoch massiv. Viele von ihnen werden verhaftet und wegen Verbrechen wie Spionage angeklagt; viele Kirchen werden abgerissen; viele Christen wahllos in Gebieten wie den Nuba-Bergen angegriffen, in denen Regierungskräfte gegen Rebellengruppen kämpfen. Viele Kirchen sind von der Schließung bedroht.

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische und eingewanderte Christen werden gezwungen, ihre Kirchen zu schließen. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Gruppen aus den westlichen Ländern und dem Südsudan. Ihren Kirchen wurde die Registrierung verweigert und viele wurden abgerissen. Einige ausländische Christen werden verhaftet und ohne ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren inhaftiert.

Christen aus traditionellen Kirchen

Christen, die traditionellen Kirchen wie der koptisch-orthodoxen und der römisch-katholischen Kirche angehören, erfahren Verfolgung, die sowohl aus Islamischer Unterdrückung als auch aus Diktatorischer Paranoia resultiert. Nach dem Programm des Kirchenabbrisses im Land zu urteilen, war das Ziel der Regierung unter Al Bashir, die meisten, wenn nicht sogar alle Kirchen im Land zu schließen, einschließlich der Kirchen, die zu den traditionellen christlichen Kirchen gehören.

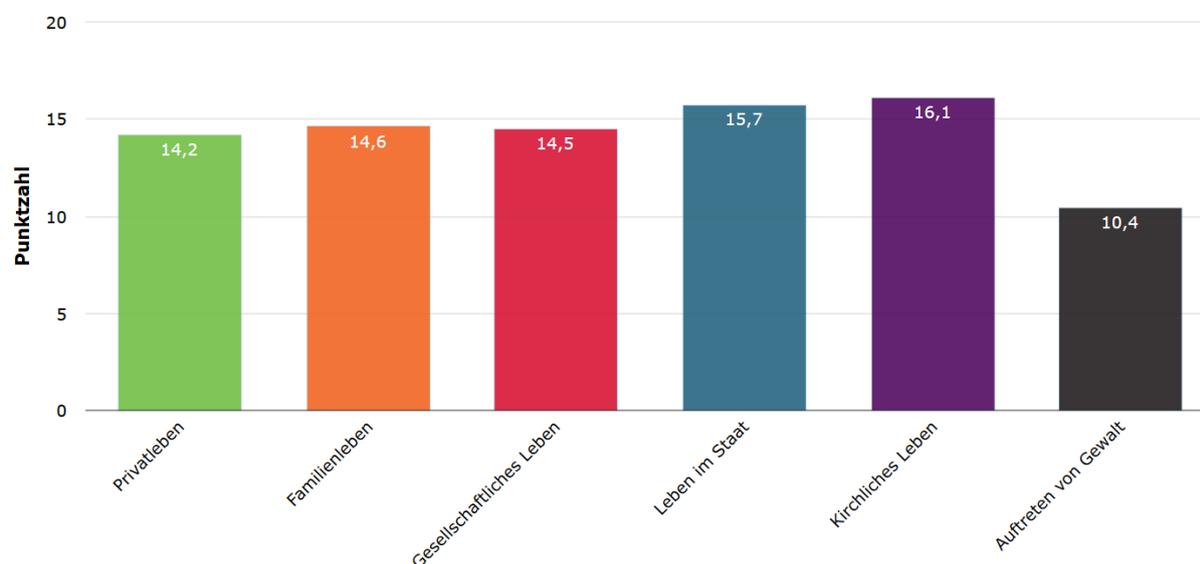
Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten)

Diese Gruppe, die hauptsächlich aus ehemaligen Muslimen besteht, erfährt den stärksten Druck. Die Konvertiten spüren nicht nur den Druck der Verfolgung in den Lebensbereichen „Kirchliches Leben“ und „Leben im Staat“, sondern auch in schwerer Form durch Familie und Nachbarn in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld, im Familien- und Privatleben.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Sudanesen, die baptistischen, evangelikalen und pfingstkirchlichen Denominationen angehören, werden ebenfalls ausgehend von Islamischer Unterdrückung und Diktatorischer Paranoia verfolgt. Diese Gruppe ist auch mit der Aussicht konfrontiert, die meisten ihrer Kirchen im Land schließen zu müssen.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Sudan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf die Christen im Sudan beträgt ein extrem hohes Maß mit 15,0 Punkten.
- Der Druck ist am stärksten im Bereich „Kirchliches Leben“, was zeigt, wie die Regierung unter Al Bashir kontinuierlich das kirchliche Leben im Land auf verschiedene Weise ins Visier genommen hat, gefolgt vom Bereich „Leben im Staat“, ein Zeichen dafür, dass Christen Muslimen nicht gleichberechtigt sind.

- Der Wert für Gewalt betrug 10,4 Punkte, gegenüber 10,6 Punkten im Weltverfolgungsindex 2019.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist gefährlich für Christen, ihrem Glauben in schriftlicher Form persönlich Ausdruck zu geben, auch in Internetblogs oder sozialen Medien:** Das Land bleibt ein riskanter Ort, den christlichen Glauben offen zu bekennen. Wenn Christen Details über ihren Glauben in schriftlicher Form äußern, ist es wahrscheinlich, dass sie verfolgt und angegriffen werden. Deshalb ziehen es Christen oft vor, sich privat zu treffen und zu beten, nicht öffentlich. Dies betrifft alle Kategorien von Christen im Land.
- **Es ist riskant für Christen, sich mit anderen Christen zu treffen:** Treffen mit anderen Christen bergen (besonders für ehemalige Muslime) immer die Gefahr der Entführung oder Verhaftung durch staatliche Sicherheitsbeamte. Ein Länderexperte fügt hinzu: „Dies ist eines der Probleme, mit denen alle christlichen Gemeinschaften im Land konfrontiert sind. Es gibt diese ständige Überwachung und Nachverfolgung durch die Gesellschaft und die Polizei.“
- **Es ist riskant für Christen, über ihren Glauben mit anderen als den unmittelbaren Familienmitgliedern zu sprechen:** Christen neigen dazu, aus Sicherheitsgründen nicht mit Gästen oder anderen Mitgliedern der lokalen Bevölkerung über ihren Glauben zu sprechen: Dies kann zu Verhaftungen oder Angriffen durch Mobs führen. Ein Experte sagt: „Es könnte als Missionierung angesehen werden und ist ein Problem, das jeder vermeiden muss.“
- **Glaubenswechsel sind verboten:** Der Sudan ist bekannt dafür, Konvertiten des Glaubensabfalls zu beschuldigen. Ein Experte für das Land erklärt: „Aufgrund der Gefahr, dass Familie, Gesellschaft und Beamte sie entdecken und dies als Beweismittel gegen sie verwenden, verzichten [ehemalige Muslime] darauf, christliche Schriften zu besitzen oder auf christliches Fernsehen oder Websites zuzugreifen.“ Es gab Fälle, in denen ehemalige Muslime von Familienangehörigen wegen ihrer Hinwendung zum christlichen Glauben unter Hausarrest gestellt wurden. Artikel 126 des Strafgesetzbuches gibt einen klaren Hinweis auf die Bestrafung aktiver Christen, insbesondere von ehemaligen Muslimen: „Wer die Abkehr vom Islam propagiert oder ihn öffentlich durch Worte oder eine Handlung, die ein eindeutiges Anzeichen darstellt, ablehnt, begeht die Straftat des Glaubensabfalls.“ In der Vergangenheit gab es Fälle, in denen ehemalige Muslime zum Tode verurteilt wurden, weil sie einfach nur Gespräche führten. Darüber hinaus haben Christen Angst vor Gesprächen über ihren Glauben mit sudanesischen Muslimen, da diese als „Handlungen, die den Glaubensabfall vom Islam fördern“ ausgelegt werden könnten.

Familienleben

- **Kinder von Christen werden wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert:** Christliche Kinder werden oft in der Schule oder auf Spielplätzen aufgrund des Glaubens ihrer Eltern belästigt. Infolgedessen zögern Christen (besonders ehemalige Muslime) oft, mit ihren Kindern über ihren Glauben zu sprechen. Die Art und Weise, wie sie sich kleiden, oder das Zeigen christlicher Symbole werden allgemein als Zeichen der Minderwertigkeit gegenüber den islamischen Gruppen des Landes angesehen und können zu Verfolgung führen.
- **Christliche Eltern werden daran gehindert, ihre Kinder gemäß ihrem christlichen Glauben aufzuziehen:** Ehemalige Muslime verzichten oft darauf, ihre Kinder als Christen zu erziehen, weil dies die Aufmerksamkeit der Regierung wecken könnte (da die Kinder versehentlich den Glauben ihrer Eltern verraten könnten). Ein Experte für das Land erklärt mit Blick auf das Schulsystem: „Es ist sehr schwierig, Kinder gemäß dem christlichen Glauben zu erziehen. Das Schulsystem, das Sozialsystem und die Gesellschaft im Allgemeinen verkomplizieren viele Dinge. In öffentlichen Schulen der Gebiete des Landes, in denen Muslime die Mehrheit bilden, verlangt die Regierung die Teilnahme am Islamunterricht. In staatlichen Schulen in Gebieten, in denen Muslime nicht die Mehrheit sind, haben die Schüler die Wahl, ob sie den Islam oder den christlichen Glauben lernen wollen. Christlicher Religionsunterricht wird jedoch in den meisten staatlichen Schulen nicht angeboten. Der von der Regierung angegebene Grund dafür ist ein Mangel an Lehrern oder christlichen Schülern. Unabhängig vom Grund bedeutet dies in der Praxis, dass viele christliche Schüler den Islamunterricht besuchen.“
- **Christen werden daran gehindert, eine christliche Hochzeit zu feiern:** Der Sudan ist kein einfacher Ort für Christen, um zu heiraten. Bei einer Ehe zwischen einem Muslim und einem Christen wird von dem Christen erwartet, dass er zum Islam übertritt. Während das Gesetz (bis zu einem gewissen Grad) erlaubt, dass Nichtmuslime nicht der Anwendung des islamischen Rechts unterworfen werden, findet in der Praxis eine christliche Hochzeit nicht so reibungslos statt wie die Hochzeit zwischen Muslimen.
- **Christlichen Ehepartnern von Nichtchristen wird bei Scheidungsfällen das Sorgerecht für die Kinder verwehrt:** Dies ist im Zusammenhang mit der Tatsache zu sehen, dass im Sudan die Scharia gilt. Die Regelung soll sicherstellen, dass die nächste Generation mehrheitlich muslimisch bleibt. Häufig ist dies die erste Reaktion, wenn ein Elternteil sich zu Jesus Christus bekehrt. Im Falle der Trennung eines ehemaligen Muslims und eines nichtchristlichen Elternteils nimmt die muslimische Familie das Kind daher gewaltsam in ihre Obhut.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden im Alltag belästigt, bedroht oder behindert, weil sie sich zum Beispiel nicht nach den Vorschriften für Kleidung oder Bärte der Mehrheitsreligion richten:** Im Bundesstaat Khartum gelten Gesetze zur öffentlichen Ordnung, die weitgehend auf der strengen Auslegung des islamischen Rechts durch die Regierung beruhen und „unschickliche Kleidung“ und andere „Vergehen gegen Ehre, Ansehen und öffentliche Moral“ verbieten. Es ist bekannt, dass die islamische Moralpolizei

Christen schikaniert und verhaftet, weil sie sich nicht an die offizielle Kleiderordnung gehalten haben. Dieses Problem hat in der Vergangenheit zu Verhaftungen vieler Christen geführt.

- **Christen stehen unter Beobachtung durch ihr soziales Umfeld oder private Gruppen. Sie werden beispielsweise bei der Polizei angezeigt, beschattet, ihre Telefongespräche werden mitgehört, E-Mails gelesen oder zensiert:** Christen, insbesondere ehemalige Muslime, werden von muslimischen religiösen Führern, Politikern und Mitgliedern der Bürgerwehr überwacht. Der Sudan war bisher ein Polizeistaat, aber seit April 2019 besteht die Hoffnung, dass die Absetzung des ehemaligen Präsidenten dies ändern wird.
- **Christen werden aus religiösen Gründen daran gehindert, an kommunalen Institutionen, Gremien usw. teilzuhaben:** Die Christen im Sudan stehen in muslimisch dominierten Kommunen vor vielen Hürden und können nicht vollständig mitwirken.
- **Christen wurden aufgrund ihres Glaubens daran gehindert, an Gemeinschaftsressourcen teilzuhaben (etwa am Zugang zu sauberem Trinkwasser):** Es ist die allgemeine Einstellung von Gesellschaft und Regierung, dass sudanesisch muslimische Bürger muslimisch sein sollten. Die Regierung nutzt alle verfügbaren Möglichkeiten, um Christen herabzuwürdigen und zu bestrafen, indem sie ihnen die Nutzung von Gemeinschaftsressourcen untersagt. Christen in den Nuba-Bergen und anderen Gebieten im Süden des Landes werden von Regierungskräften aus der Luft bombardiert und es gibt sogar Haus-zu-Haus-Durchsuchungen nach Christen durch staatlich geförderte Milizen. Für Christen, die in diesen Gebieten leben, ist es kaum möglich, ein normales Leben zu führen und ohne Angst an den Gemeinschaftsressourcen teilzuhaben.

Leben im Staat

- **Die Gesetze beschränken die Religionsfreiheit, wie sie in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte formuliert ist:** Auf nationaler Ebene sind die Rahmenbedingungen für Christen nicht günstig, da sie als Bürger zweiter Klasse gelten. Auch wenn Artikel 38 der Interimsverfassung die Religionsfreiheit garantiert, glaubt die Regierungspartei, dass das Land Muslimen gehöre. Ausgehend davon sind fast alle Gesetze und Richtlinien von der Scharia abgeleitet und nicht flexibel, um Religionsfreiheit zu gewährleisten. Auch die anderen Gesetze schränken die Religionsfreiheit durch ihre zusätzlichen Rückbezugsklauseln ein (das heißt, die Gesetze gelten vorbehaltlich der Scharia-Konformität). Christen – insbesondere aus dem Südsudan und Missionare aus dem Westen – werden häufig von staatlichen Sicherheitskräften überwacht.
- **Christen erleben Einschränkungen in der öffentlichen Meinungsäußerung:** Die Meinungsfreiheit im Land ist stark eingeschränkt. Die Kirche wird daran gehindert, ihren Glauben, ihre Bräuche und ihre Meinungen in der Öffentlichkeit zum Ausdruck zu bringen, weil die Behörden befürchten, dass sie den Christen dadurch die Möglichkeit geben würden, andere zu beeinflussen, ebenfalls den christlichen Glauben anzunehmen. Die Zensur betrifft alle; für Christen ist das Risiko, sich zu äußern, jedoch höher, da der Staat üblicherweise jedem, der gegen diejenigen

vorgeht, deren Kommentare als Kritik an der Regierung oder lokalen Beamten verstanden werden könnten, (ganz oder teilweise) Straffreiheit gewährt.

- **Christliche zivilgesellschaftliche Organisationen oder politische Parteien werden in ihrer Tätigkeit behindert oder aufgrund ihrer christlichen Überzeugungen verboten:** Behinderungen und Verbote treten dort auf, wo Organisationen als kritisch gegenüber staatlichen Institutionen wahrgenommen werden oder sich offen missionarisch betätigen; viele internationale NGOs werden des Landes verwiesen, wenn sie als christlich eingestuft werden. Trotz der Herausforderungen gibt es immer noch einige christliche Organisationen, die im Land tätig sind. Das Land hat zahlreiche politische Parteien, aber keine hat eine christliche Agenda.
- **Christen könnten kein eigenes Unternehmen ohne Einmischung wegen religiöser Gründe führen:** Ein Experte für das Land erklärt: „Da im Sudan das islamische Recht angewendet wird, ist es für Nichtmuslime sehr schwierig, Lizenzen für die Eröffnung eines Unternehmens zu erhalten, verglichen mit muslimischen Geschäftsinhabern. Neben der rechtlichen Einschränkung ist auch anzumerken, dass die meisten christlichen Geschäftsinhaber von Kunden aufgrund ihrer Religion diskriminiert werden. In den meisten Fällen ist es für christliche Geschäftsleute sehr schwierig, von der Regierung ausgeschriebene Projekte zu gewinnen, da die verantwortlichen Regierungsbeamten der zuständigen Behörden diskriminierend eingestellt sind.“

Kirchliches Leben

- **Aktivitäten von Kirchen werden überwacht, behindert, gestört oder blockiert:** Während Christen in der Hauptstadt und anderen Großstädten hauptsächlich von staatlichen Stellen überwacht und behindert werden, unterliegen Kirchen in den abgelegenen Landesteilen, insbesondere in den vom Bürgerkrieg betroffenen Gebieten, einer stärkeren Behinderung und Überwachung durch staatliche und nichtstaatliche Gruppen.
- **Christen erfahren bei der Wahl ihrer eigenen religiösen Leiter Einmischung:** In der Zeit vor der Absetzung von Präsident Al Bashir (also vor April 2019) mischte sich die sudanesishe Regierung zunehmend in die interne Arbeit von religiösen Institutionen ein. Aufgrund der vom Ministerium für Unterweisung und religiöse Stiftungen erlassenen Vorschriften sahen sich die Pastoren gezwungen, sich selbst zu zensieren und ihre Aktivitäten einzuschränken. An einigen Stellen zwangen sudanesishe Sicherheitskräfte die Christen, ihre christlichen Schulen zu übergeben.
- **Christliche Gemeinschaften werden daran gehindert, Kirchengebäude zu bauen oder zu renovieren oder traditionelle Gebäude einzufordern, die ihnen zuvor genommen worden waren:** Für Christen ist es schwierig, neue Kirchen zu bauen, wobei das Haupthindernis die Regierungsstellen sind, die für die Erteilung der erforderlichen Genehmigung zuständig sind. Selbst wenn eine Genehmigung erteilt wird, stehen Christen dann täglich vor Herausforderungen durch lokale islamische Führer und extremistische Muslime.
- **Kirchen werden daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren:** Dies ist ein weiterer Bereich, in dem die christliche Gemeinde am meisten leidet. Welche Aktivitäten Kirchen auch immer durchführen wollen, sie werden von den örtlichen Behörden aufgefordert, nur innerhalb von

Kirchengebäuden zu arbeiten. Die Durchführung von kirchlichen Aktivitäten außerhalb der Gebäude ohne ausdrückliche Genehmigung der örtlichen Behörden führt zur Verhaftung von Personen, die daran teilnehmen.

Darüber hinaus mischt sich die Regierung immer wieder in kirchliche Angelegenheiten ein und spielt eine wichtige Rolle bei der Bildung alternativer Kirchausschüsse, welche die von der Kirche gewählten Ausschüsse ersetzen. Es gab Fälle, in denen die Regierung diese gegnerischen Ausschüsse unterstützt und ihnen erlaubt, Kirchen hinter dem Rücken der Hauptgemeinde zu verkaufen.

Auftreten von Gewalt

- Christen werden oft sonntags angegriffen, wenn sie in die Kirche gehen oder wenn sie von der Kirche nach Hause kommen. Diese Angriffe sind so verbreitet, dass sie oft nicht angezeigt werden.
- Pastoren werden wegen ihrer Äußerungen gegen die Verfolgung im Land strafrechtlich belangt. Darüber hinaus werden Christen wahllos von staatlichen Sicherheitskräften in der Region des Nuba-Gebirges verhaftet, obwohl die Regierung behauptet, dass sie gegen Rebellen vorgehe.
- Die Regierung setzt die Schließungen und Beschlagnahmungen von Kirchen und Kirchenbesitz fort (ein Plan, der seit 2017 umgesetzt wird). Auch wurden in den Nuba-Bergen mehrere Kirchen zerstört.
- Obwohl das Land im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 mehr oder weniger von regierungsfeindlichen Protesten in Beschlag genommen wurde, kam es vor, dass christliche Häuser oder Geschäfte von extremistischen Muslimen oder staatlichen Sicherheitskräften angegriffen wurden. Dies galt insbesondere für die Nuba-Berge, wo die Sicherheitskräfte der Regierung wahllos Zivilisten (von denen die meisten Christen sind) angreifen.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Beschlagnahme von Erbe und Besitz
- Erzwungene Einhaltung von religiösen Kleidungsvorschriften
- Zwangsscheidung
- Zwangsverheiratung
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Sexuelle Gewalt

Christinnen im Land stehen vor großen Herausforderungen. Ihr Lebensumfeld enthält ihnen viele Grundrechte vor, nur weil sie Frauen sind. Jeder Mangel an Schutzgesetzen ermöglicht religiöse Verfolgung. Auch wenn Männer in den meisten Fällen die Ernährer sind, hängt die Existenz der Familie meist von der Frau ab. Die Frauen spielen eine wichtige Rolle bei der Erziehung der Kinder, bei der Teilnahme an gesellschaftlichen Aktivitäten, wobei sie die Familie vertreten, und sie helfen dem Mann auf dem Hof oder bei der Viehzucht. Die

Verfolgung von Frauen und Mädchen hat enorme negative Auswirkungen auf die Familie und die Gesellschaft.

Im Sudan sind christliche Mädchen gezwungen, sich wie Muslimas zu kleiden, und Mädchen, die wegen „unanständiger Kleidung“ verhaftet werden, werden während des Verhörs oft sexuell belästigt und erniedrigt. Das Gesetz verbietet unangemessene Kleidung, Verstöße werden mit maximal 40 Peitschenhieben, einer Geldstrafe oder beidem bestraft. Das Gesetz legt nicht fest, was als „unanständige Kleidung“ gilt.

Junge Mädchen stehen in der Gefahr, zwangsverheiratet zu werden, zumal nach UNICEF-Schätzungen 12 % der Frauen im Alter von 20 bis 24 Jahren vor ihrem 15. Lebensjahr verheiratet wurden. Darüber hinaus verfügen die meisten Frauen über keinerlei Schulbildung und sind daher schlecht gerüstet, um nach einer Alternative zu suchen. Im Jahr 2015 waren unter den sudanesischen Frauen aller Glaubensrichtungen 84,6 % ohne Bildung, 12,5 % hatten lediglich eine Grundschulbildung und nur 2,9 % hatten eine Sekundar- oder Hochschulbildung abgeschlossen.

Auch christliche Mädchen stehen in der Gefahr, vergewaltigt oder Opfer häuslicher Gewalt zu werden, besonders, wenn sie sich vom Islam abgewandt und den christlichen Glauben angenommen haben. Das Ausmaß der häuslichen Gewalt ist extrem hoch, und die geltenden Gesetze verbieten häusliche Gewalt nicht. Es gibt keine zuverlässigen Statistiken über die Häufigkeit von Vergewaltigungen und häuslicher Gewalt. Menschenrechtsorganisationen nannten erhebliche Hindernisse, einschließlich kultureller Normen, polizeiliche Zurückhaltung bei der Untersuchung und die weit verbreitete Straffreiheit der Täter bei der Meldung sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, einschließlich einer erheblichen Kluft zwischen dem Gesetz und seiner Umsetzung. Tatsächlich wurden Frauen, die Anzeige wegen häuslicher Gewalt erstattet hatten, beschuldigt, gelogen oder falsche Informationen verbreitet zu haben, andere wurden sogar belästigt oder verhaftet. In bestimmten Gerichtsverfahren wird die Aussage von Frauen nicht als gleichwertig mit der von Männern angesehen; die Aussage von zwei Frauen ist erforderlich.

Söhne und Töchter haben im Sudan keine gleichen Erbrechte, und christlichen Frauen wird manchmal ihr Erbe oder ihr Besitz wegen ihres Glaubens verweigert. Außerdem werden sie, sobald die Bekehrung einer Frau zu Jesus Christus entdeckt wird, von anderen Familienmitgliedern isoliert.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land
- Inhaftierung durch die Behörden
- Zwangsrekrutierung zum Militärdienst
- Ermordung
- Körperliche Gewalt
- Verbale Gewalt

Bewaffnete islamisch-extremistische Gruppen sind weiterhin in vielen afrikanischen Nationen aktiv und treiben die Verfolgung von Christen voran. Die sudanesischen Regierung zielt auf

männliche Christen mit einer Vielzahl von schweren Anschuldigungen ab, darunter auch „Terrorismus“. Gemeindeleiter sind die häufigsten Ziele, und die staatlichen Sicherheitskräfte überwachen ihre Aktivitäten täglich.

Meistens sind Männer und Jungen betroffen, wenn sich Verfolgung in gewaltsamen Formen zeigt. Sie werden dann geschlagen, verhaftet, getötet und vertrieben.

Männer sind in der Regel Familienoberhaupt und Ernährer der Familie, und wenn die Männer aufgrund von Verfolgung nicht in der Lage sind, für ihre Familien zu sorgen, gerät die Familie in finanzielle Schwierigkeiten. Darüber hinaus sind Männer in abgelegenen Landesteilen für ihre Familien wichtig, um für Sicherheit zu sorgen; ihre Abwesenheit kann dazu führen, dass Familienbesitz geplündert wird und Ehefrauen und Töchter sexueller Gewalt ausgesetzt sind.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Auch andere religiöse Minderheiten wie die jüdische Gemeinde stehen im Sudan vor großen Problemen. So wurden 2017 Fußballfans gesehen, die Adolf Hitler priesen und den Holocaust leugneten. Ein Imam sagte während einer Predigt, dass Juden für alles Böse verantwortlich seien. Die Bahai-Religionsgemeinschaft ist im Land nicht anerkannt und kann nur im Geheimen arbeiten. Auch die Zeugen Jehovas werden belästigt. Schiitischen Muslimen ist es nicht gestattet, Gottesdienste zu halten. Kurz gesagt, jede religiöse Gruppe außer dem sunnitischen Islam steht vor enormen Herausforderungen, ihren Glauben auszuüben.

9. Der Ausblick für Christen

Diktatorische Paranoia

Die sudanesische Regierung, die für ihre schlechte Menschenrechtsbilanz bekannt ist, verletzt weiterhin die Rechte der Christen im Land. Seit 1999 steht der Sudan auch auf der Liste der „besonders Besorgnis erregenden Länder“ des US-Außenministeriums. Der Druck der internationalen Gemeinschaft half bei der Freilassung einiger Christen, die wegen ihres Glaubens festgehalten wurden; die Regierung hat jedoch ihre grundsätzliche Haltung und ihr Verhalten gegenüber Christen nicht geändert. Die Plünderung und Zerstörung von Kirchen, Krankenhäusern und Schulen ist weit verbreitet, insbesondere in der Region der Nuba-Berge. Es bleibt abzuwarten, ob diese Triebkraft der Verfolgung auch in Zukunft so stark sein wird, nachdem Al Bashir nicht mehr an der Macht ist.

Islamische Unterdrückung

Neben der autoritären Regierung richten sich extremistische Imame und sogar extremistische bewaffnete Gruppen wie die Dschandschawid-Miliz gegen Christen. Diese Milizen werden von der sudanesischen Regierung finanziert und ausgebildet. Diese Triebkraft der Verfolgung wird auch in den kommenden Jahren bestehen bleiben.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Die organisierte Korruption im Land hat dazu beigetragen, die Interessen der regierenden Partei und des Präsidenten zu schützen. Der Ex-Präsident stand hinter der Gründung der Dschandschawid-Miliz, die zu seiner treuesten Kraft im Land wurde. Diese Miliz war für die Ermordung, Vergewaltigung und Vertreibung von Zivilisten in der Region Darfur verantwortlich – einschließlich christlicher Zivilisten. Obwohl in einer Situation nach Al Bashir zu erwarten ist, dass diese Miliz eine weniger dominante Rolle spielen wird, wird sie wahrscheinlich stark genug bleiben, um Christen zu verfolgen.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Viele soziale, politische und wirtschaftliche Probleme im Land haben eine Vielzahl von Gründen. In der Vergangenheit hat Al Bashir die Ethnizität (arabisch) und die Religion (islamisch) genutzt, um seine Anhänger zu sammeln. Er präsentierte Christen erfolgreich als Schurken und das Christentum als Quelle der Probleme, die die sudanesishe Gesellschaft zu bekämpfen hatte. Trotz seines Sturzes im April 2019 besitzen ethnische Gruppen nach wie vor einen enormen politischen Einfluss im Land. Es ist jedoch sehr unwahrscheinlich, dass das nächste Staatsoberhaupt die Fehler des ehemaligen Präsidenten wiederholen wird, da dies die gesamte prodemokratische Bewegung untergraben würde.

10. Gebetsanliegen

Bitte beten Sie für den Sudan:

- Der Sudan hat 2019 einen immensen Wandel erlebt. Die Herrschaft des Diktators Omar Al Bashir wurde im April durch eine zivile Protestbewegung beendet. Ein Übergangs-Militärrat übernahm die Leitung, aber zivile Proteste zwangen ihn, eine Einigung mit der Koalition der oppositionellen Kräfte zu suchen. Diese Vereinbarung wurde im August umgesetzt. Danken Sie dem Herrn für die Entwicklung.
- Beten Sie um Weisheit und Verantwortlichkeit für den neuen Übergangsrat unter der Leitung von Abdalla Hamdok.
- Obwohl das oben genannte Abkommen von der internationalen Gemeinschaft begrüßt wurde und einen guten Start für einen neuen Sudan darstellt, gibt es vieles, was es nicht abdeckt. So ist beispielsweise noch nicht klar, wie die Zukunft der Religionsfreiheit aussehen wird. Es gibt immer noch viele Stimmen im Land, die ein Scharia-Gesetz fordern. Es ist nicht klar, ob es in einem neuen Sudan mehr Raum für die Christen geben wird, Christus in Freiheit anzubeten. Beten Sie, dass wahre Religionsfreiheit im Sudan verwirklicht wird.